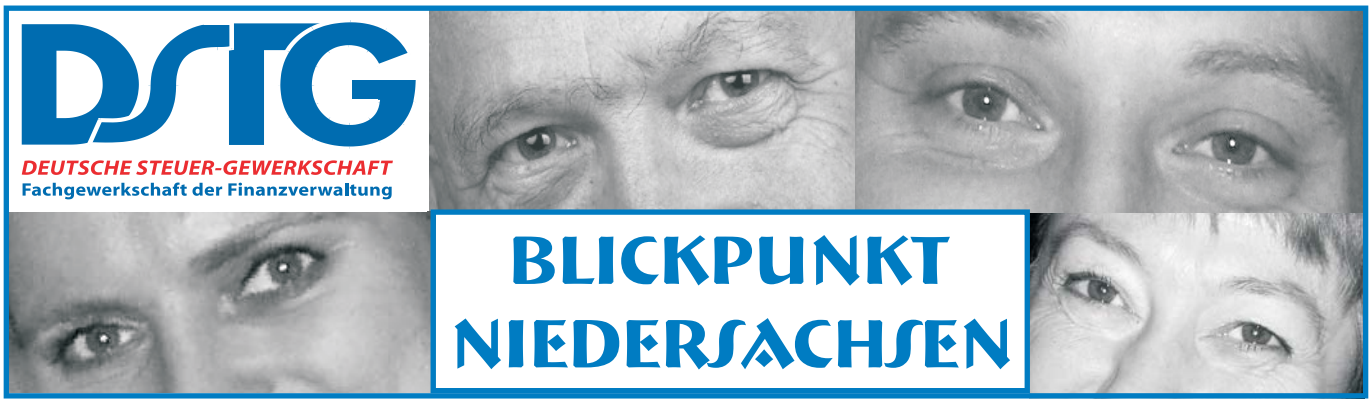
DSTG
DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT
Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung



BLICKPUNKT NIEDERSACHSEN

MITGLIEDERZEITUNG DER DEUTSCHEN STEUER GEWERKSCHAFT, LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

AKTUELL:

KONSENS I in der heißen Phase

Die Schulungen zur Umstellung auf das Verfahren KONSENS I sind seit dem 04. Oktober 2011 angelaufen. Beschäftigte der Bereiche Allgemeine Veranlagung und Betriebsprüfung haben bereits die ersten Schulungen hinter sich gebracht. Alle konnten feststellen, das Arbeiten unter KONSENS I wird anders, aber nicht schwieriger. Eine gewisse Eingewöhnungsphase wird sicher notwendig sein, bevor man sich an die neue Oberfläche und die neuen Möglichkeiten gewöhnt hat. Aber in vielen Teilen wird das Verfahren durchaus komfortabler sein.
Die Schulungsunterlagen, die jedem Kollegen/jeder Kollegin ausgehändigt sind, sind hervorragend auf den Arbeitsbereich abgestimmt und sind eine umfassende Arbeitshilfe für den täglichen Umgang mit dem neuen System.
An dieser Stelle möchte die DSTG Niedersachsen den Verantwortlichen in der Oberfinanzdirektion Niedersachsen für ihren Einsatz und die gute Arbeit danken.
Ein ganz herzlicher Dank geht auch an unsere Kolleginnen und Kollegen, die die Schulungen durchführen. Ihr Einsatz wird das Arbeiten in den Finanzämtern ganz erheblich erleichtern.

Erfolg des dbb in Berlin!

Die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP wollen die Kürzung der Sonderzahlung für die Bundesbeamtinnen und -beamten aus dem Jahre 2006 im kommenden Jahr zurücknehmen. Zu diesem Erfolg gratulieren wir dem dbb.

Die Entscheidung der Regierungsfraktionen im Bund sollte den Regierungsfraktionen in unserem Landtag als Vorbild dienen. Unsere Ortsverbandsvorsitzendenkonferenz hat im Juni einen konstruktiven Vorschlag zum Abbau des Gehaltsrückstandes der Beamtinnen und Beamten in Niedersachsen verabschiedet.

Zur erneuten Information für die Damen und Herren Abgeordneten des niedersächsischen Landtages drucken wir die Entschließungserklärung noch einmal auf der letzten Seite dieser Ausgabe des Blickpunktes ab.

Besser als ein erfahrener Pädagoge kann man die Absicht der Berliner Regierungsfraktionen nicht beurteilen:

„Wenn Politiker sich irren, ist das schade, wenn sie einen Irrtum korrigieren, ist das ein Beleg ihrer Klugheit und letztendlich auch ihrer Verlässlichkeit.“ (Peter Heesen, dbb newsletter vom 29.09.2011)

Meine Damen und Herren Abgeordneten des niedersächsischen Landtages, eifern Sie Ihren Kolleginnen und Kollegen im Bundestag nach!

Dr. Thorsten Eichenauer,
DSTG Landesvorsitzender

Aus der Landesfrauenvertretung

Sitzung der DSTG- Frauenvertretung am 06.09.2011 in Hannover

Zur diesjährigen Landesfrauensitzung konnte die Vorsitzende Angelika Podschadly zahlreiche Frauen aus den Ortsverbänden im Sitzungssaal des Finanzamts Hannover-Nord begrüßen.

Die Tagesordnung war gut gefüllt. Neben dem Tätigkeitsbericht der Vorsitzenden stand die Ortsverbandsarbeit zum Thema: „Werben Frauen anders“ ? zur Diskussion.

Es entstand ein reger Gedankenaustausch. Die zahlreichen guten Ideen werden den Ortsverbänden als Anregungen für die Ortsverbandsarbeit im Rahmen einer Gesamt-CD zur Verfügung gestellt werden. Zu gegebener. Zeit werden diese den Ortsverbänden übersandt.

Weiterhin wurden Vorschläge für Anträge zum Landesverbandstag 2012 erarbeitet. Die Ausformulierung dieser Anträge wurde in die Hände der Geschäftsleitung der DSTG-Frauenvertretung, Angelika Podschadly, Angelika Diedrich und Kerstin Rhode- Fauerbach gelegt.

Für den Geschäftsführenden Landesvorstand nahmen die Kolleginnen Veronika Deppe (HPR) und Uschi Japtok (BPR) als Gäste teil; sie konnten die Geschäftsleitung mit ihrem Fachwissen bei der Beantwortung mancher Fragen gut unterstützen. An dieser Stelle nochmals ein herzliches Dankeschön dafür.

Wie in jedem Jahr nahm auch dieses Jahr der Vorsitzende der DSTG-Niedersachsen, Dr. Thorsten Eichenauer an der Sitzung teil. Sein ausführliches Referat zu aktuellen Gewerkschaftsthemen fand bei den Teilnehmerinnen großen Anklang. Hieraus ergab sich die eine oder andere angeregte Diskussion. Auch dafür an dieser Stelle nochmals ein herzliches Dankeschön.

Wir freuen uns auf ein Wiedersehen auf der Sitzung im nächsten Jahr.

Angelika Podschadly, Vorsitzende der Landesfrauenvertretung

Aus der DSTG Jugend

Gesunderhaltungspflicht?!?!? - Wir machen Ernst!

Nach dem das Gesundheitsmanagement in vielen Finanzämtern schon wieder etwas eingeschlafen ist, haben wir, die Landesjugendleitung (LJL) uns gedacht, warum sollten wir nicht mal ein Herbstseminar zu diesem Thema veranstalten.

Die Veranstaltung stand unter dem Motto: „Gesunderhaltungspflicht“. Der Vortrag von Lothar Gustedt (FA Leer, Lehrer für Ernährung) zum Thema „Stress“ zeigte uns: Aus Bequemlichkeit vermeiden wir oft, uns richtig zu verhalten.

Der erste Abend wurde genutzt,

Fortsetzung auf Seite 4

Impressum:
Herausgeber: DSTG Landesverband Niedersachsen e.V.; Verantwortlich: Dr. Thorsten Eichenauer, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover
Telefon: 05 11/34 20 44, FAX: 05 11/3 88 39 02, e-mail: geschaeftsstelle@dstgnds.de, Internet: www.dstgnds.de
Redaktion, Layout und Anzeigenverwaltung: Uschi Japtok und Markus Plachta, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover
Auflage: 8.000 - Erscheinungsweise: zweimonatlich - Druck: Druckerei Hartmann, Weidendamm 18, 30167 Hannover
Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG und der Redaktion nicht übereinstimmen muss.
Der Bezugspreis ist für Mitglieder durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. ***(C) 2011** - DSTG Niedersachsen - Alle Rechte vorbehalten*

Der Landesvorsitzende - *Angemerkt...*

Liebe Kolleginnen
und Kollegen,

die Forderung nach einem Streikrecht für Beamtinnen und Beamte ist in diesem Jahr durch einige Verwaltungsgerichtsurteile nachdrücklich thematisiert worden. Die erstinstanzliche Rechtsprechung ist nicht einheitlich, es ist aber eine Rechtsfortbildung zu erwarten.

Beim Thema Streikrecht für Beamtinnen und Beamte stehen sich zwei Ansichten unversöhnlich gegenüber. Die einen berufen sich auf die aus der Verfassung abgeleiteten hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums, die ein Streikrecht ausschlössen. Diese Meinung hat auch das Bundesverfassungsgericht bislang vertreten. Die anderen stützen ihre Ansicht auf die Koalitionsfreiheit, die zu den Grundrechten zählt. In den Urteilen der Verwaltungsgerichte ging es um die Rechtmäßigkeit von Disziplinarmaßnahmen gegen Lehrer, die sich an Streikmaßnahmen beteiligt hatten. Eine Entscheidung hat sich an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts angelehnt, die beiden anderen gelangen unter Einbeziehung der Europäischen Menschenrechtskonvention zu einem abweichenden Ergebnis. Gegen alle Urteile ist Berufung eingelegt worden, so dass sich die deutsche Gerichtsbarkeit noch einige Jahre mit diesem Thema beschäftigen wird.

Festgehalten werden muss, dass auch das Beamtenverhältnis erhebliche Veränderungen erfahren hat. Es wird nicht mehr von Bediensteten und Untergebenen gesprochen, sondern für alle Beschäftigten soll der Teamgedanke im Vordergrund stehen. Moderne Führungsstile werden propagiert, Vorgesetzte werden unter Berücksichtigung von Führungsqualitäten ausgewählt. Sie sollen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter motivieren, in ihrem Sachgebiet fair, vertrauensvoll, gemeinschaftlich die Ziele erreichen. Nur was nützt ein optimaler Führungsstil, wenn der Dienstherr - und hier ist bislang kein Wandel erkennbar - nach „hergebrachten Grundsätzen“ entscheidet, welche Eingriffe er den Beamtinnen und Beamten zumutet, welche Zusagen er aufhebt und welche er einhält.

Natürlich wurden mit dem DBB Gespräche stets geführt und Einigungen erzielt, deren Beachtung und Einhaltung dann aber im Belieben des Dienstherrn stand. Ich will lediglich vier von vielen Beispielen aufzählen:

Erinnern wir uns erstens an das Ende der 80iger Jahre des vorigen

Jahrhunderts. Als Gegenleistung für den Einstieg in die 38,5-Stunden-Woche begnügten sich die Beamtinnen und Beamten über drei Jahren mit ganz geringen Gehaltszuwächsen. Der Basta-Kanzler, damals noch niedersächsischer Ministerpräsident, entschied 1994, Beamte arbeiten wieder 40 Stunden ohne Lohnausgleich.

Ende der 90iger Jahre wollte man Leistungskomponenten in die Besoldung einführen und ersetzte die Dienstaltersstufen durch Leistungsstufen. Die durch diese Maßnahme eingesparten Gelder sollten als Prämien und Zulagen ausgeschüttet werden. Und sage und schreibe brüstete sich der damalige Innenminister Bartling vor dem Gewerkschaftstag des DBB Niedersachsen, eine entsprechende Rechtsverordnung geschaffen zu haben, die er aber nicht mit Leben erfüllte.

Nach dem Regierungswechsel 2003 wollte Ministerpräsident Wulff unser Land vom Land des Schwächelns in das Land des Lächelns führen und strich als erstes die Sonderzuwendung für Beamtinnen und Beamte zusammen, die sich diese Jahrzehnte zuvor durch geringere lineare Erhöhungen erkauft hatten. Die Beamtinnen und Beamten sind leider nicht im Land des Lächelns, sondern im Land des Hechelns angekommen.

Und als letztes und viertes Beispiel erinnere ich an die Schaffung des Versorgungsfonds. Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und die Vertreter von Bund und Ländern hatten eine zukunftsweisende Entscheidung getroffen, diesen Fonds zur Sicherung künftiger Pensionszahlungen einzurichten. Die Beamtinnen und Beamten haben diesen Fonds durch Gehaltsverzicht drei Jahre lang gespeist. Jetzt wurde er durch einseitige Entscheidung aufgelöst und das Geld dem Landeshaushalt zugeführt.

Meine vier Beispiele haben eine Gemeinsamkeit: Beamtinnen und Beamte haben durch Gehaltsverzicht Leistungen oder Anwartschaften erworben, die entweder kassiert oder niemals realisiert wurden. Hierdurch wurden Frust und Verärgerungen aufgebaut, weil sich die Kolleginnen und Kollegen betrogen fühlten. Sie wollen sich wehren können und fordern daher nachvollziehbar ein Streikrecht.

Ich bin überzeugt, die Beteiligten wären gut beraten, zu neuen Formen des Miteinanders zu gelangen. Schauen wir auf den neuen Führungsstil.
Das Kooperieren, das gemeinschafliche Erarbeiten von Lösungen und deren Umsetzung sind das Gebot der Zukunft. Dabei sind Streikrecht und Streikverbot die Extreme. Ich könnte mir auch als

Der Landesvorsitzende - *Angemerkt...*

Lösung vorstellen, dass der Staat und die Beamtengewerkschaften Verträge schließen, die durch eine Ratifizierung Gesetz werden. Diese kann man selbstverständlich ändern oder aufheben - aber nur einvernehmlich.

Die Politik und die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften fordere ich auf, sich dieses Themas anzunehmen. Die politischen Kräfte in unserem Land haben einen großen Gestaltungsspielraum. Ihn sollten sie nutzen. Dann werden kurzfristig Lösungen möglich sein, anderenfalls wird uns die Justiz in einigen Jahren die Vorgaben machen.

Mit freundlichen, kollegialen Grüßen

Ihr

Aus der DSTG Jugend

Fortsetzung von Seite 2

um sich gegenseitig etwas besser kennen zu lernen.

Bei „Schlag die LJL“ wurden 15 Spiele (ähnlich wie bei Schlag den Raab) Teilnehmer gegen LJL gespielt. Auch wenn wir uns mächtig ins Zeug gelegt haben, haben die Teilnehmer ohne Probleme fast alle Spiele gewonnen.

Spannend war auch der zweite Tag. Morgens hat Nicole Wichmann (Dipl. Ökotrophologin) uns über eine gesunde Ernährung aufklärt, und jeder konnte seinen eigenen Ernährungsplan noch mal überdenken.

Nachmittags weihte uns dann die Physiotherapeutin Brigit Stubel in die Anatomie der Wirbelsäule ein, bevor sie in einen praktischen Teil überging. Bei Übungen für den Rücken kam der ein oder andere schon ganz schön ins Schwitzen. Der Programmpunkt wurde mit einer Entspannungsreise beendet.

Nach dem Abendessen ging es mit dem Nachtwächter durch Bremen. Hier lernten wir die Bremer Innenstadt unter historischem Hintergrund kennen.

Zum Abschluss des Seminars begrüßten wir am Samstagmorgen Uschi Japtok, Peter Pforr und Thorsten Balster als Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands. Themen waren hier unter anderem die aktuellen politischen Gespräche und die Personalratswahlen im nächsten Jahr.

Wir von der LJL bedanken uns noch mal bei allen Teilnehmern und Referenten und freuen uns auf ein Wiedersehen im nächsten Jahr!

Ute Wellkamp,
DSTG Landesjugendleiterin

Aus dem Bezirkspersonalrat

Vereidigung der neu eingestellten Steuer- und Finanzanwärter/-innen

300 Anwärterinnen und Anwärter hat die Steuerverwaltung Niedersachsen aus über 1600 Bewerberinnen und Bewerbern ausgewählt. Die neu eingestellten Steuer- und Finanzanwärter/innen wurden Anfang August in einem feierlichen Rahmen vereidigt.

Begonnen wurde mit der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt am 04.08.2011 im Brückentorsaal in Rinteln.

Nach der Begrüßung durch Herrn Regierungsdirektor Christian Mühlmeier wurden die 239 Anwärter/innen im Beisein von zahlreichen Gästen aus der Verwaltung und der Politik sowie Ihren Angehörigen von Herrn Minister Möllring persönlich vereidigt.

Herr Minister Möllring sprach in seiner Festrede an, dass dies der stärkste Jahrgang seit langer Zeit sei. Auch die Steuerverwaltung musste auf den doppelten Abiturjahrgang reagieren, somit bildet jedes Finanzamt in Niedersachsen mindestens 2 Anwärter im gehobenen Dienst aus. Auch die Kooperation zwischen Bund und den Ländern wird aufrecht erhalten, es werden in Niedersachsen 13 Studierende für den Bund ausgebildet.

Nach Grußworten aus der Politik und musikalischer Unterhaltung durch die Schulband der Steuerakademie wurde der Nachmittag mit einem Sektempfang im Brückentorsaal beendet.

Am 08.08.2011 wurden die Anwärterinnen und Anwärter in der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt im Kursaal der deutschen Rentenversicherung in Bad Eilsen vereidigt.

Nach der Begrüßung durch Frau Regierungsdirektorin Bernadette Zeitler, ständige Vertreterin des Leiters der Steuerakademie Niedersachsen, vereidigte Herr Minister Möllring die 60 Anwärter/-innen. Er betonte, dass dies eine fundierte und hochwertige Ausbildung sei und anspruchsvolle Arbeit auf sie zukommen werde. Gerechtigkeit und Gewissenhaftigkeit muss gegenüber den Bürgern immer vorhanden sein.

Grußworte wurden auch hier aus der Politik überbracht. Herr Kokot (OFD Niedersachsen) untermalte die Veranstaltung mit schöner Klaviermusik. Im Anschluss der Vereidigung gab es wie auch in der Vergangenheit einen kleinen Imbiss und Sektempfang in der Kantine der Steuerakademie.

Beide Veranstaltungen waren - wie immer - erfolgreich.

Ich wünsche den neuen Anwärterinnen und Anwärtern eine erfolgreiche Zeit in Ihrer Ausbildung.

Annika Sklenak,
JAV im Bezirkspersonalrat (Steuer)

Politische Gespräche - mit Vertretern der FDP

Am 26. September 2011 trafen wir uns mit den FDP-Abgeordneten Christian Grascha und unserem Mitglied Björn Försterling, bildungspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion.

Wir wiederholten und erläuterten den Politikern nochmals die Forderungen der DSTG. Allem voran sind hier zu nennen Stellenhebungen, die Schaffung neuer Stellen und die notwendigen Einstellungen von Anwärtern und Anwärterinnen sowie von Tarifbeschäftigten. Bis zum Jahre 2020 werden rd. 5.300 Pensionierungen und Verrentungen auf die Steuerverwaltung zukommen, die es gilt aufzufangen.

Nicht eingerechnet in diese Zahlen sind die Zahlen, die sich aus dem steigenden Krankheitsstand ergeben.
Nachdrücklich haben wir darauf hingewiesen, dass bereits zum jetzigen Zeitpunkt ca. 1.200 Arbeitskräfte in der Steuerverwaltung - gemessen an dem nach Refamethoden errechneten Bedarf - fehlen. Ohne die Einstellung der geforderten 250 Anwärter/innen je Laufbahn und Jahr und mindestens 300 Tarifbeschäftigten wird die zukünftige Arbeit in der Steuerverwaltung nicht in der heute gewohnten Weise abgeleistet werden können.

Herr Grascha fragte interessiert nach dem von der Ortsverbandsvorsitzendenkonferenz beschlossenen Entschließung zum sog. Weihnachtsgeld (www.dstgnds.de). Thorsten Eichenauer machte deutlich, dass die Beschäftigten in der Steuerverwaltung bereits vielfältige Einsparungen hinnehmen mussten. Immer wieder durften unsere Kolleginnen und Kollegen aber feststellen, dass Dinge, die ihnen versprochen waren, wie z.B. Leistungszulagen und -prämie nicht umgesetzt wurden.

Die Streichung der Sonderzuwendung (Weihnachtsgeld) hat alle in besonderer Weise getroffen und ist auch nicht vergessen. Mit unserer Entschließung werden die Politiker aller Fraktionen aufgefordert, an einer Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes zu arbeiten. Natürlich ist auch der DSTG bewusst, dass es sich um eine ressortübergreifende Maßnahme handelt, die dann auch für alle Landesbeamtinnen und -beamten umzusetzen wäre.

Die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes der DSTG erfuhren Verständnis für die Forderung, aber ihnen wurde entgegnet, dass angesichts des zu sanierenden Haushaltes für das laufende Haushaltsaufstellungsverfahren eine (stufenweise) Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes nicht auf der Agenda der Politik stünde.

Weiteres Thema des Gesprächs war u.a. die Stärkung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes. Immer weniger junge Leute sehen ihre berufliche Zukunft in einer öffentlichen Verwaltung. Hier gilt es etwas zu verändern, um auch sie für eine Laufbahn in einer öffentlichen Verwaltung zu interessieren.

Um die Arbeitsabläufe in den Finanzämtern auch mitzuerleben und die Schwierigkeiten und Stimmungen vor Ort kennen zu lernen, würden wir es begrüßen, wenn Politiker sich direkt in den Finanzämtern vor Ort informieren. Ein Tag im Finanzamt oder ein Besuch bei einer Ortsverbandsversamm-

lung vermittelt einem Politiker einen anderen Eindruck als es das Gespräch vermag.

Im Rahmen unseres Gespräches mit der FDP-Fraktion haben wir die Bereitschaft erfahren, sich auch vor Ort informieren zu wollen. Dafür einen herzlichen Dank.

Aus dem Landesvorstand

Politische Gespräche - mit Vertretern der SPD

Am 26. September 2011 fand auch ein Gespräch der DSTG mit Vertretern des Arbeitskreises Haushalt- und Finanzen der SPD statt. Begrüßt wurden die Gewerkschaftsvertreter in den Räumen der Landtagsfraktion. Der Vorsitzenden des Arbeitskreises Renate Geuter und den weiteren Mitgliedern wurden die Probleme der Finanzverwaltung deutlich dargestellt.

Einer weiterhin permanenten Aufgabenmehrung steht ein nicht zu vertretender Personalfehlbestand von über 1.200 Arbeitskräften gegenüber. Und es sollen aktuell weitere Stellen durch die so genannte Zielvereinbarung III abgebaut werden. Dies ist nicht zu akzeptieren.

Aktuell hat die Verlagerung der Bearbeitung der Lohnsteuerabzugsmerkmale im Verfahren Elstam von den Kommunen auf die Finanzämter für eine akute Mehrbelastung in vielen Bereichen der einzelnen Finanzämter gesorgt. Hier muss unmittelbar Service für den einzelnen Steuerbürger geleistet werden - ein Mehr an Personal haben die Finanzämter nicht erhalten.

Nicht nur, dass die Arbeit wegen des Personalfehlbestands praktisch oft nur noch sehr oberflächlich durchgeführt werden kann - anders ist die Masse nicht zu erledigen - ,können unsere Kolleginnen und Kollegen die Arbeit ausschließlich mit über 100 % persönlichem Einsatz erbringen. Das daraus entstehende Ergebnis sehen wir in der Krankenstatistik - diese steigt in den letzten Jahren kontinuierlich an. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden. Die DSTG Vertreter machten deutlich, dass neues Personal, also neue Stellen, unbedingt erforderlich sind. Diese fordern wir von der Politik ein.

Die Gesprächspartner der SPD haben Verständnis für unsere Situation gezeigt. Auch aus ihrer Sicht ist die Einnahmeverwaltung des Landes aufgabengerecht mit Personal auszustatten. Hier ist die Regierung eindeutig in der Verantwortung. Mehr Personal führt zu einer gerechteren Steuererhebung und letztlich zu mehr Einnahmen. Darüber hinaus könnte das Land seiner Fürsorgepflicht gegenüber dem einzelnen Beschäftigten besser nachkommen. Wenn mehr Personal „an Bord wäre“ dann wären Überlastungen einzelner sicherlich deutlich eher zu vermeiden.

Für die anstehenden Beratungen zum Haushalt 2012/2013 haben wir von der SPD Unterstützung eingefordert. Die Finanzverwaltung als originäre Einnahmeverwaltung muss aufgabengerecht besetzt werden - hierzu sind neue Stellen und entsprechendes Budget ein richtiger Schritt.

Schließlich wurde auch das „Dauerthema“ Wiedereinführung der Sonderzuwendung angesprochen. Wir haben auf unseren Entschließungsantrag der Ortsverbandsvorsitzenden-Konferenz verwiesen, in dem ein konstruktiver und umsetzbarer Weg aufgezeigt wird.

Es wurde vereinbart, die Gespräche in halbjährigem Rhythmus fortzusetzen.

Aus dem Landesvorstand

Politische Gespräche - mit Vertretern der Linken

Am 04. Oktober 2011 trafen wir uns mit den Vertretern der Fraktion „Die Linken“ Dr. Manfred Sohn und Dr. Uwe-Jens Rössel. Als erstes sprachen wir die personelle Situation in der Steuerverwaltung an. Die u.a. durch neue Aufgaben wie das Verfahren ELSTAM steigende Arbeitsbelastung bei sinkendem Personalbestand wird zunehmend problematischer. Um die Arbeit gerade im Vorfeld zur Einführung von KONSENS I zu bewältigen, arbeiten unsere Kolleginnen und Kollegen größtenteils an der Belastungsgrenze und darüber hinaus. Immer häufiger erreichen die Gewerkschaftler die Nachrichten von einem gravierend steigenden Krankenstand, der auch anhand von Statistiken beweisbar ist. Als Folge des steigenden Krankheitsstandes müssen andere Bearbeiter weitere Arbeiten zusätzlich zu ihrer Arbeiten bewältigen; in der gewohnten Qualität lässt sich dieses jedoch nicht erledigen. Nicht zu vergessen: Darunter leidet auch der Service am Bürger. Im Vorfeld der Einführung von KONSENS I wird an dem Abbau und Nichtaufbau von Arbeitsrückständen gearbeitet. Dabei ist es in hohem Maße unbefriedigend, durch Vorgaben die Anzahl der zu erledigenden Steuerfälle drastisch zu erhöhen. Die Bearbeiter in den Finanzämtern jedoch erfahren für ihren Arbeitseinsatz keine spürbare Belohnung. Das Personal wird weniger statt mehr, die Arbeit steigt und eine Beförderung ist teilweise auch nach 10 Jahren nicht in Sicht.

Die DSTG-ler fordern die Politik auf, hier Abhilfe zu schaffen. Stellenhebungen und neue Stellen, erhöhte Anwärtereinstellungen, Einstellung von Tarifpersonal und natürlich auch die wenigstens stufenweise Wiedereinführung der Sonderzahlung, des sog. Weihnachtgeldes waren die Hauptforderungen der DSTG.. Nach Auffassung der DSTG ist die Frage der Gegenfinanzierung einfach zu beantworten: Mehr Personal und damit bessere Überprüfung bedeuten schließlich mehr Steuereinnahmen. Und das Argument, wegen des Länderfinanzausgleiches bleibe das Geld sowieso nicht alles im Land, kann einem Erreichen von Steuermehreinnahmen nicht entgegenstehen. Vielmehr spricht dafür, dass der Länderfinanzausgleich neu geordnet werden müsste. Unsere Gesprächspartner machten deutlich, dass sie Wert darauf legen, dass der von ihnen an die Regierungsfraktionen gerichtete Forderungskatalog auch umsetzbar ist. D.h. also die Finanzierung ihrer Vorschläge muss auch realisierbar sein.

Erhöhte Einstellungszahlen im Anwärterbereich bedeuten für die Steuerakademie und die Finanzämter auch einen erhöhten Bedarf an Dozenten und Ausbildern am Arbeitsplatz. Die Vertreter der DSTG baten daher, auch ein gewisses Augenmerk auf die Einrichtung von hauptamtlichen Dozentenstellen zu legen.

Wir waren uns einig: Es wird noch viel Arbeit auf politischer und gewerkschaftlicher Ebene zu leisten sein.

Aus dem Landesvorstand

Politische Gespräche - mit Vertretern der CDU

Am 05. Oktober 2011 fand ein weiteres Gespräch mit dem haushaltspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Herrn Reinhold Hilbers und der Referentin für Haushalt und Finanzen der CDU-Fraktion Frau Nicole Streitz statt.

Im Vorfeld der abschließenden Haushaltsdebatte und des Beschlusses über den Doppelhaushalt 2012/2013 war es ein Anliegen der Vertreter der DSTG, die gewerkschaftlichen Forderungen und Wünsche noch einmal vorzutragen. Eingangs des Gespräches wies Herr Hilbers darauf hin, dass der Arbeitskreis Haushalt und Finanzen der CDU sich mit der Steuerverwaltung beschäftigt habe und auch beabsichtige, für die Beschäftigten in der Steuerverwaltung etwas zu tun.
Thorsten Eichenauer machte noch einmal deutlich, dass die Situation in der Steuerverwaltung sich

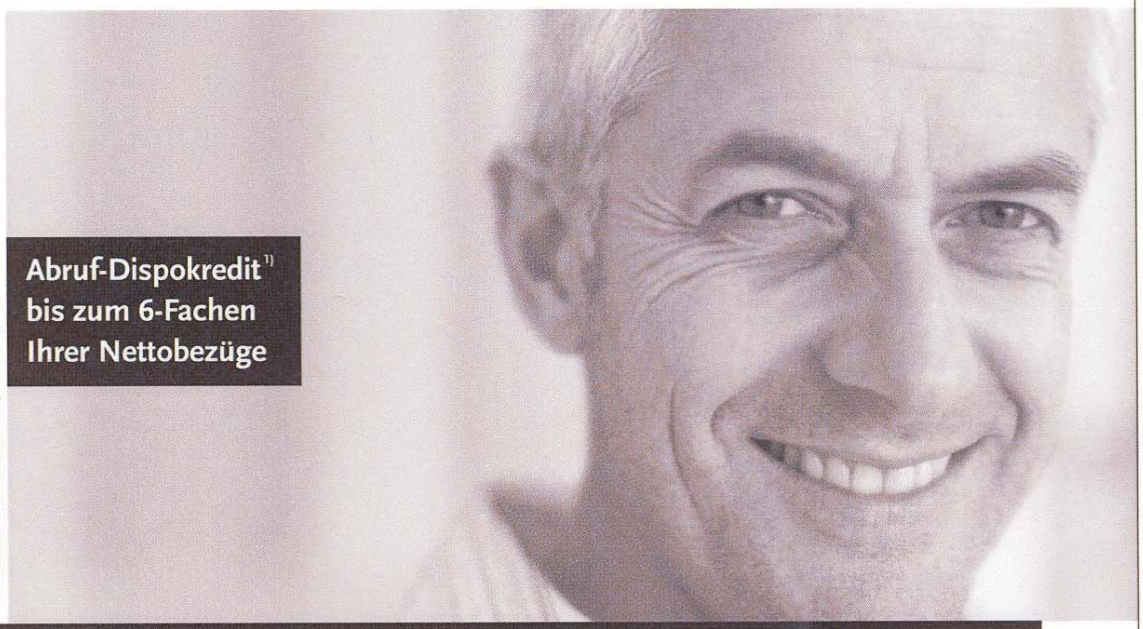
zunehmend prekärer darstellt. Die Personallage wird immer dünner, die Arbeit immer mehr. Statt einer Honorierung der über die Belastungsgrenze hinaus geleisteten Arbeit sind die Beschäftigten der Steuerverwaltung soweit es die Beförderungssituation angeht jedoch seit Jahren vernachlässigt worden. Stellenhebungen sind daher zwingend notwendig.
Darüber hinaus wäre die Schaffung neuer Stellen erforderlich. Das Personalminus bewegt sich in einem Bereich von annähernd 1.200 Vollzeitkräften. Obwohl das Personal zur Erledigung der Arbeit dringend benötigt wird, konnten mangels vorhandener Stellen bisher aber nicht einmal Beschäftigte aus einer sozialen Notlage heraus ihre laufende Teilzeitbeschäftigung aufstocken.

Angesichts des demografischen Wandels war weiterhin die notwendige Einstellung von Anwärtern der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt und der Laufbahngruppen 2, 1. Einstiegsamt in erhöhtem Maße Thema des Gespräches. Ohne die bedarfsgerechte Einstellung junger Menschen wird die Arbeit zukünftig nicht mehr zu schaffen sein. Letztlich ist für das Jahr 2012 eine vermehrte Einstellung im Bereich der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt im Vergleich zu den Vorjahren zwar vorgesehen; die Einstellungszahlen bleiben aber gegenüber den ursprünglichen Planungen weit zurück. Dabei spielen die ermittelten Bedarfe keine Rolle, sondern die Gründe liegen wie Herr Hilbers auch bestätigte in der Haushaltskonsolidierung.

Es ist nicht mehr 5 vor 12, sondern bereits 5 nach 12! Offenbar wird diese Situation aber nicht sachgerecht wahrgenommen! Vor uns steht ein beschlossener Stellenabbau aus der Zielvereinbarung III. Im Rahmen der Zielvereinbarung II sind 100 Stellen abgebaut worden. Das Budget ist geringer geworden, die Kolleginnen und Kollegen sind aber noch an Bord und werden auch bezahlt. Es ist deshalb dringend notwendig, dass weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Die Infotheken in den Finanzämtern praktizieren Bürgerfreundlichkeit. Darauf will man nicht verzichten. Mit der Einführung der elektronischen Lohnsteuerkarte und der Verlagerung der Zuständigkeiten von der Gemeinde zu den Finanzämtern sollte eine Bürgerfreundlichkeit erreicht werden. Der Gedanke war, die Kommunikation zwischen Bürger, Unternehmen und Finanzamt individuell, papierlos und sicher auf elektronischem Wege durchzuführen und sie dadurch wesentlich zu beschleunigen. So sind die Finanzämter beispielsweise inzwischen auch hinsichtlich der Kinderfreibeträge nach Geburt eines Kindes oder für die Änderung der Lohnsteuerklassen (von I/I in IV/IV) bei einer Heirat oder hinsichtlich des Eintritts in oder des Austrittes aus einer kirchensteuerhebeberechtigten Religionsgemeinschaft zuständig. Durch diese klare Zuständigkeit des Finanzamts für die Änderung sämtlicher Lohnsteuerabzugsmerkmale werden unnötige Wege für den Steuerbürger vermieden. Der Mehrbedarf an Arbeitskräften in den Finanzämtern ist dabei jedoch im Rahmen der Personalbedarfsberechnung nicht (ausreichend) bedacht worden. Zusätzlich eingestellt aber wurde niemand. Das ohnehin nicht entsprechend dem ermittelten Bedarf vorhandene Personal ist gefordert, diese zusätzliche Menge an Arbeit zu bewältigen. An die Beschäftigten hat die Politik bei ihrer Entscheidung, diese Aufgabe an die Finanzämter zu delegieren, scheinbar nicht gedacht. Und das Ende der Aufgaben ist nicht in Sicht. Der Steuergesetzgeber und die höchstrichterliche Rechtssprechung halten auch in Zukunft mit Sicherheit weitere Aufgaben bereit.

Wir appellieren an die Politik, die Steuerverwaltung in einen Zustand zu versetzen, in dem sie auch zukünftig ihren gesetzlichen Auftrag (wenigstens) nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten erledigen kann. Der Hinweis auf mögliche steigende ELSTER-Veranlagungen und der Wegfall des Personalbedarfs für den Kfz-Bereich löst das Problem nicht!



[1] Voraussetzung: Bezügekonto (ohne Mindesteingang)
[2] Konditionen freibleibend, effektiver Jahreszins 8,23 %

0,– Euro Bezügekonto für den öffentlichen Sektor

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für Beamte im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamtinnen, Beamte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

0,– Euro Bezügekonto

- Kostenfreie Kontoführung (ohne Mindesteingang) und BankCard und viele weitere attraktive Extras!

+ 7,99 % p. a. Abruf-Dispokredit[1][2]

- Bis zum 6-Fachen Ihrer Nettobezüge

Beispiel:

Nettodarlehensbetrag	10.000,– Euro
Laufzeit	12 Monate
Sollzinssatz (veränderlich)	7,99 % p. a.
Effektiver Jahreszins	8,23 %

Den günstigen Abruf-Dispokredit bieten wir Ihnen in Abhängigkeit Ihrer Bonität bis zu einem Nettodarlehensbetrag in Höhe von 50.000,– Euro und für eine Laufzeit von bis zu 4 Jahren.

+ 0,– Euro Depot[1]

- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

+ 30,– Euro Startguthaben über das dbb vorsorgewerk
günstig • fair • nah

Stiftung Warentest Finanztest
Günstigster Abruf-Dispokredit
Filialkredit
Im Test: 57 Banken und 11 Abrufkredite
Ausgabe 09/2009

Ihr Ansprechpartner

Ingo Muhs, Mobiler Kundenberater Öffentlicher Dienst
Telefon 05 11/60 74 00 00, Telefax 07 21/141-14 11
Mobil 01 72/6 79 74 78, E-Mail ingo.muhs@bbbank.de

BB Bank
Die Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst

36. Deutschlandturnier der Finanzämter in Esslingen

Auch in diesem Jahr fanden sich die Sportler aus den Finanzämtern der einzelnen Bundesländer zum Deutschlandturnier der Finanzämter zusammen. Am dritten Septemberwochenende 2011 trugen sie ihre Wettkämpfe in den Disziplinen Fußball, Tennis, Schach, Volleyball, Tischtennis, Skat, Drachenboot, Bowling und Kegeln aus. 102 niedersächsische Sportler waren - außer in den Sportarten Tennis und Kegeln - ein starkes Team.

Das Turnier mit über 1.600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern startete am 15. September 2011 mit dem Einmarsch der Sportler aller Landesverbände in die Eishalle der Stadt Esslingen. Dort fand auch die gut besuchte Abendveranstaltung statt. Zu Beginn der Veranstaltung war allerdings etwas Geduld angebracht. Längere Schlangen türmten sich vor der Kasse auf. Der Abendveranstaltung tat dieses jedoch keinen Abbruch. Nach dem Essen lockte die außerordentlich gute Band B-Five viele der Sportler und Fans auf die Tanzfläche.

Medaillen mit super Ergebnissen erzielten die niedersächsischen Sportler in den Disziplinen Skat, Tischtennis und Bowling.

In der Einzelwertung beim **Skat** belegte **Eckart Müller** von der Task Force den Platz 1 und **Günter Brunken** vom Finanzamt Westerstede den Platz 2. Die **Mannschaft Niedersachsen 1** errang den 1. Platz in der Mannschaftswertung.

Beim **Tischtennis** gewann **Martina Nühring** vom Finanzamt Nienburg Bronze. **Christian Jagst** vom Finanzamt Cuxhaven, der die Gruppenphase im Einzel ebenfalls erfolgreich abschließen konnte, verletzte sich leider im ersten Match so unglücklich, dass er aufgab. Wir wünschen ihm von dieser Stelle aus gute Besserung.

Beim Bowling musste sich **Jürgen Flitz** vom Finanzamt Westerstede lediglich im Endspiel seinem Konkurrenten vom Finanzamt Kiel Nord geschlagen geben. Er belegte einen hervorragenden **2. Platz** und gewann damit Silber. Im Herren Mannschaftswettbewerb belegte Lüneburg Platz 5, dicht

gefolgt von der Mannschaft aus Westerstede (Platz 6) und der Mannschaft aus Hannover (Platz 8). Beim **Bowling** errang die Damen-Mannschaft aus Lüneburg Platz 4 und damit einen Pokal. In der Einzelwertung gelang **Monika Kulik** vom Finanzamt Lüneburg der Platz 6 und **Nadine Meinke**, ebenfalls Finanzamt Lüneburg, der Platz 8.

Die **Fußballmannschaft des Finanzamtes Hannover-Nord** spielte eine gute Vorrunde.
Mit 2 Siegen, 1 Unentschieden und 1 verlorenen Spiel fehlte das Glück und somit am Ende nur
1 Punkt zum Erreichen der Endrunde. Leider ging das erste Spiel in der Trostrunde gegen die Fußballmannschaft aus Thüringen mit 1:0 verloren.

Die **Schach**spieler **Uwe Daleszinski** und **Marco Dittmann** erkämpften sich mit dem 19. und 20. Platz von 42 Teilnehmern einen guten Platz im Mittelfeld und belegten in der Mannschaftswertung Platz 9 von 13.

Die **Volleyball**mannschaft gewann in ihrer Gruppe die Vorrunde, musste sich im Achtelfinale jedoch unglücklich gegen die Mannschaft des Finanzamtes Esslingen mit der Differenz von 1 Ballpunkt geschlagen geben.

Wir danken allen Spielerinnen und Spielern ganz herzlich für ihren hervorragenden und engagierten Einsatz und gratulieren zu ihrem Erfolg. Am 17. September 2011 wurde das 36. Deutschlandturnier der Finanzämter mit einem spannenden Fußballendspiel der Mannschaft des Finanzamtes Neumünster gegen die FSG aus Hamburg beendet. Aus dieser Begegnung gingen die Fußballer des Finanzamtes Neumünster siegreich hervor.

Hinter uns liegen drei tolle Tage, in denen die Sportler sich auch intensiv untereinander ausgetauscht haben. Viele nutzen das Deutschlandturnier, um die Kontakte aus den Vorjahren wieder aufleben zu lassen und neue zu knüpfen. Gerade die Abendveranstaltung ist es, die die Möglichkeit bietet, sich wiederzusehen, zu einem ausgiebigen Plausch zusammenzufinden und bei ausgelassener Stimmung den Tag zu beenden. Während der Wettkämpfe besteht die Möglichkeit eines Austausches untereinander oftmals nicht. Die

Aus dem Finanzsport

Sportstätten liegen aufgrund der örtlichen Gegebenheiten ziemlich weit auseinander, so dass ein Wechseln von einem Wettkampf zum anderen teilweise schwerlich möglich ist.

Dem Orga-Team der BSG beim Finanzamt Esslingen möchten wir Niedersachsen gerne für die Organisation des Turniers unseren Dank sagen. Das Deutschlandturnier steht und fällt mit der Organisation und dem dargebotenen Programm.

Wer Zeit hatte, auch ein wenig von der Umgebung der Sportstätten zu sehen, hat sicher auch einige der Attraktionen der Stadt Esslingen, die so wunderbar in der Festschrift beschrieben waren, besichtigen können. Außerhalb des Turniers ist auch die Stadt Esslingen eine Reise wert.

Den Niedersachsen hat es bei Euch gut gefallen!

Wir freuen uns auf das Deutschlandturnier der Finanzämter im nächsten Jahr.
Dieses wird dann vom **23. - 25. August in Fulda** ausgetragen werden.

Aus dem Tarifbereich

DSTG Mitgliedschaft zahlt sich aus!

Kinderbezogener Anteil im Familienzuschlag durchgesetzt.

Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 16.12.2010 - 2 C 41/09

Durch mehrere Urteile vom 16.12.2010 hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden, dass es sich bei der Besitzstandszulage nach § 11 TVÜ-Bund bzw. TVÜ-VKA um eine dem Familienzuschlag nach §§ 39, 40 BBesG entsprechende Leistung handelt und **die Kürzungsvorschrift** des § 6 Abs. 1 BBesG gemäß § 40 Abs. 5 Satz 3 BBesG auf den **kinderbezogenen Anteil im Familienzuschlag keine Anwendung findet.**

Im vorliegenden Fall war eine **beamtete Lehrerin teilzeitbeschäftigt und für ihre Tochter kindergeldberechtigt.** Ihr **Ehemann war in Vollzeit** beschäftigt und erhielt seine **Vergütung** nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst **(TVöD)**. Da der TVöD keine Regelungen zu kinderbezogenen Entgeltbestandteilen enthält, kürzte die Bezügestelle den bis dahin ungekürzt gezahlten kinderbezogenen Familienzuschlag entsprechend dem Beschäftigungsumfang der beamteten Ehefrau.

Die hiergegen erhobene Klage war erfolgreich. Zur Begründung hat das Berufungsgericht ausgeführt, die Kürzungsvorschrift des § 6 Abs. 1 BBesG sei gemäß § 40 Abs. 5 Satz 3 BBesG auf den kinderbezogenen Anteil im Familienzuschlag nicht anwendbar. Der TVöD enthalte zwar keine dem kinderbezogenen Familienzuschlag entsprechende Leistung, jedoch sei eine solche Besitzstandszulage nach § 11 TVÜ-Bund zu sehen. Nach dem Wortlaut und dem Sinn und Zweck des § 40 Abs. 5 Satz 1 BBesG habe eine entsprechende „fiktive Prüfung" zu erfolgen.

Die „doppelte Berücksichtigung derselben Konkurrenzsituation" bei tarifvertraglichen und besoldungsrechtlichen Ansprüchen (beide Ehepartner im öffentlichen Dienst Ehefrau Beamtin in Teilzeit, Ehemann Tarifbeschäftigter in Vollzeit) darf nicht zu einem Ergebnis führen, das dem Gesetzeszweck des § 40 Abs. 5 BBesG widerspricht.

Von dieser Konkurrenzsituation Betroffene sollten - entsprechend der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts - umgehend einen formlosen Antrag beim LBV stellen. Das LBV ist gehalten, diesen Anträgen - ab Antragsdatum für die Zukunft - zu entsprechen.

Die DSTG Niedersachsen hatte seinerzeit (2006) mehreren KollegInnen in dieser Sache Rechtsschutz gewährt. Im Ergebnis führte es nun dazu, dass diesen KollegInnen mehrere tausend Euro nachbezahlt wurden.

Es lohnt sich also DSTG-Mitglied zu sein!

Reiner Küchler, Tarifvertreter im Geschäftsführenden Vorstand

Seniorenstammtisch beim Ortsverband Vechta

Auch im Kalenderjahr 2011 haben wir wieder Kollegen eingeladen, die 50 Jahre und länger der DSTG angehören. Der dritte Seniorenstammtisch fand am 21.09.2011 im Finanzamt Vechta statt. Die Anzahl der eingeladenen Gewerkschaftsmitglieder hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Folgende elf Kollegen waren zu einer gemütlichen Kaffeetafel gebeten worden:

Hubert Ellers (63 Jahre Gewerkschaftsmitglied),
Otto Schöne (61 Jahre), Friedel Gellhaus (61 Jahre),
Wilhelm Themann (58 Jahre), Carl Unkraut (58 Jahre),
Herbert Bojert (55 Jahre), Harald Cöster (54 Jahre),
Werner Kreutzmann (52 Jahre), Herbert Niewald (52 Jahre),
Josef Hülsman (52 Jahre) und Josef Holzenkamp (51 Jahre).

Drei der oben Aufgeführten waren leider verhindert, so dass acht Kollegen an diesem Treffen teilnahmen. Im kleinen Sitzungsraum unseres Vorstehers war von den Vorstandsdamen Johanne Meistermann und Nicole Lorenz eine Kaffeetafel mit selbst gebackenem Kuchen hergerichtet worden.

Die Gäste wurden von unserem Ortsvorsitzenden Thorsten Balster begrüßt.
Ebenso hieß der Vorsteher die Senioren in „seinem Hause“ willkommen, um auch gleich einen Überblick über die Veränderungen der letzten Zeit und besonders über die anstehenden Neuerungen (Konsens u.ä.) zu geben. Auch bei dieser Veranstaltung wurde natürlich das obligatorische Erinnerungsfoto gemacht.

Danach bat der Kollege Markus Schlarmann unsere Gäste in die obere Etage des Amtes in das sogenannte Scanner-Zimmer. Hier hatte er schon einige Vorbereitungen getroffen, um zu zeigen, wie die eingehenden Einkommensteuererklärungen im Scanner-Verfahren weiter bearbeitet werden. Die anwesenden Kollegen haben ja noch die Zeit hier im Finanzamt erlebt, als die Steuerbescheide manuell ausgefüllt und die Einkommensteuer anhand des zu versteuernden Einkommens aus der Einkommensteuertabelle abgelesen und übertragen wurde. Übrigens, die Einkommensteuertabelle bestand seinerzeit aus nur vier Blättern!

Unsere Gäste waren doch sehr beeindruckt von der neuen Technik und der Schnelligkeit, in der die Erklärungen gescannt und auf den Bildschirm transportiert wurden. Und insgeheim waren sie wohl ganz froh, sich damit nicht mehr beschäftigten zu müssen. Danach ging es wieder zurück an die Kaffeetafel, um in gemütlicher Runde die eine oder andere Erinnerung wieder aufleben zu lassen oder aber um Anekdoten aus der guten alten Zeit zum Besten zu geben.

Auf diesem Wege wünschen wir noch allen Teilnehmern eine gesunde und friedliche Zeit bis zum nächsten Stammtisch wohl im Herbst 2012.

Karl-Heinz Gossel, Ortsverband Vechta

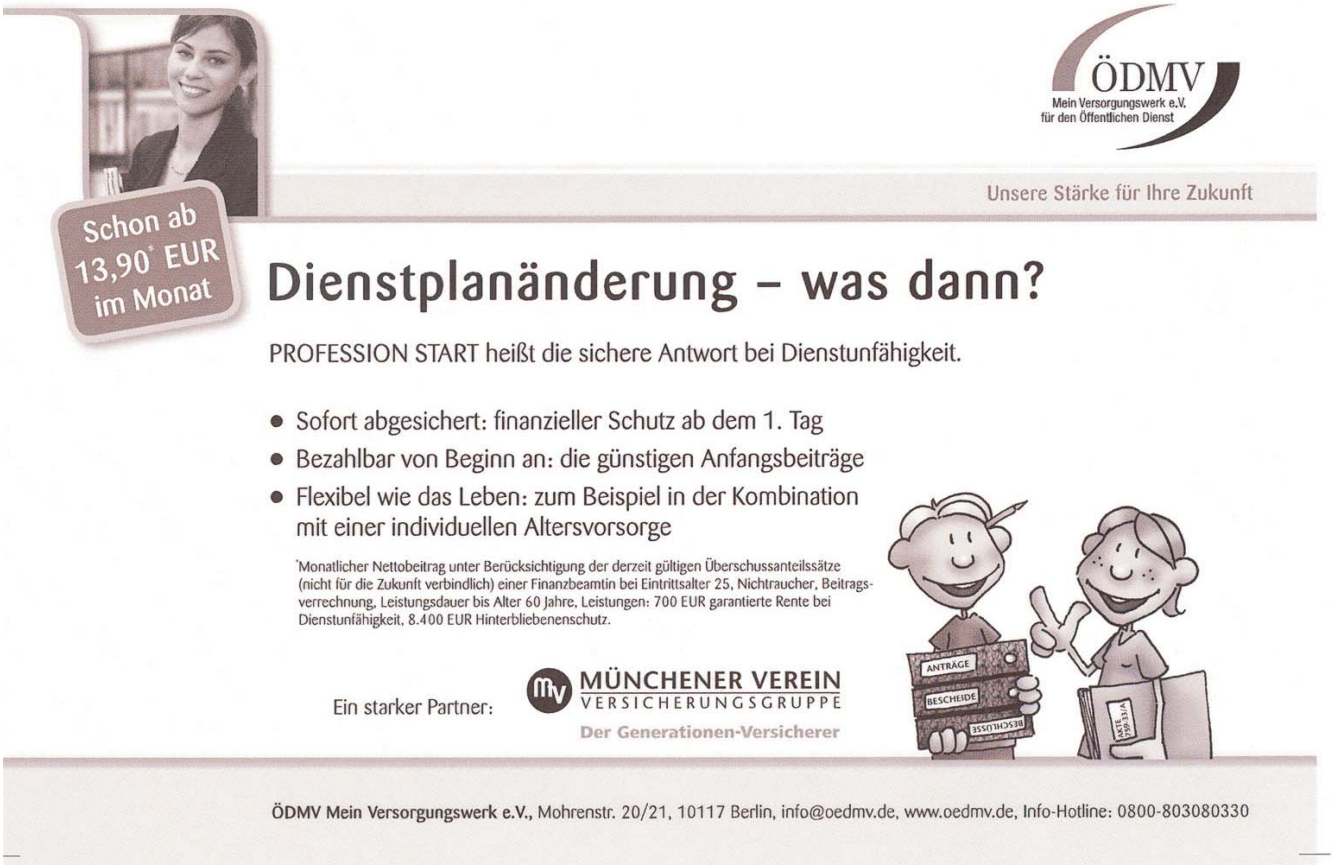
(v.l.: Vorsteher Helmut Dornieden, Herbert Bojert, Wilhelm Themann, Carl Unkraut, Josef Hülsmann, Otto Schöne, Friedrich Gelhaus, Karl-Heinz Gossel (Vorstand), Harald Cöster, Werner Kreutzmann, Johanne Meistermann (Vorstand), Thorsten Balster (Vorsitzender), Markus Schlarmann)

Aus dem Finanzsport

Hier noch ein weiterer bildlicher Eindruck vom Deutschlandtunier 2011 in Esslingen:

Aktuelle Informationen finden Sie immer laufend auch im Internet
auf unserer Seite www.dstgnds.de

- - - W E R B U N G - - -



Deutsche Steuer-Gewerkschaft DSTG

Landesverband Niedersachsen

DSTG Landesverband Niedersachsen. Kurt-Schumacher-Str. 29 30159 Hannover

Kurt-Schumacher-Str. 29
30159 Hannover
Telefon 0511 342044
Telefax 0511 3883902
geschaeftsstelle@dstgnds.de
www.dstgnds.de

23. Juni 2011

Entschließung

der Ortsverbandsvorsitzenden-Konferenz
am 23.06.2011 in Hannover

Wir haben die Streichung des Weihnachtsgeldes nicht vergessen !

Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten viele Sonderopfer erbringen müssen.

Wir erinnern unter anderem nur

an

1. die deutlichen Einschnitte bei der Versorgung,
2. die Erhöhung der Arbeitszeit von 38,5 auf 40 Wochenstunden ohne Lohnausgleich,
3. Einsparungen bei den Gehältern durch Streckung der Dienstaltersstufen und Versagung von versprochenen Prämien und Zulagen,
4. die Verschlechterungen bei der Beihilfe und
5. **die Streichung der Sonderzuwendungen**.

Wir haben trotz dieser Maßnahmen unsere Pflichten nach Gesetz und Recht in hohem Maße erfüllt. Wir haben die Einschnitte aber nicht vergessen.

Nun ist es Zeit zur Umkehr! Die steigenden Steuereinnahmen räumen dem Niedersächsischen Landtag trotz der Schuldenbremse Handlungsspielräume ein. **Wir fordern** die Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages auf, den Besoldungsrückstand für die Beamtinnen und Beamten dadurch abzubauen, dass zusätzlich zu den allgemeinen Besoldungserhöhungen in den kommenden 8 Jahren die Grundgehälter jeweils zum 1.12. um 1 % angehoben werden.

BB Bank · BLZ 660 908 00 · Konto-Nr.: 7 259 247